

gegen Reichsgesetze verließen. Die SAZ vom gestrigen Donnerstag bringt übrigens ein schlagendes, ein sie selbst schlagendes Beispiel dafür, wie Kommunisten den darbenenden Hilfsbedürftigen zu helfen vorgehen. Sie schreibt in schreiender Aufmachung:

Sozialdemokraten gegen Abbau hoher Mieten
Anlässlich einer Eingabe der Mieter in stadteigenen Wohnungen, betreffend Senkung der Mieten um 25 Prozent, beantragten die Kommunisten:

1. Die bestehenden Mieten in den städtischen Wohnungen werden sofort außer Kraft gesetzt.
2. Die am 1. November 1931 erhobenen Mieten dürfen 15 Prozent des Einkommens der Mieter nicht übersteigen.
3. Übernahme der Mieten für alle Hilfsbedürftigen durch das Fürsorgeamt.
4. Niederschlagung aller Räumungsanlagen, Verhinderung aller Ermittlungen.
5. Beschlagnahme aller leerstehenden Wohnungen, Hotels und Pensionate.

Die Sozialdemokraten lehnten diese Anträge ab.

Ein ähnlicher, aber noch weitergehender Antrag wurde auf sozialdemokratischen Antrag der Ausschussberatung überwiesen. Eine Stunde später brachten die Kommunisten denselben Antrag bei einem anderen Tagesordnungspunkte wieder ein. Dabei stimmte dann die Fraktion der SPD zu, weil die Kommunisten bei der Ausschussüberweisung gar zu offen zu erkennen gegeben hatten, daß sie durch die unmögliche Formulierung die SPD zur Ablehnung hatten zwingen wollen. Diesen Gefallen hat die sozialdemokratische Fraktion ihnen dann nicht getan. Es wird sich aber notwendig machen, einmal aufzuzeigen, was der Antrag für die Stadtfinanzen bedeutet, um klar erkennlich zu machen, welchen Unsinn Kommunisten als Kommunalpolitiker bezeichnen, und wie sie darauf ausgehen, die nichtkommunistischen Vertreter zur Ablehnung zu zwingen.

Zunächst den Antrag über die Mietübernahme. Das gesamte Mietaufkommen in der Stadt Leipzig beträgt rund 88 Millionen Mark. Etwa ein Drittel aller Mieter ist arbeitslos. Nimmt man nun auch nur an, daß dieses Drittel der Mieter etwa ein Sechstel der Gesamtmieten aufbringt, so würde die Stadt allein für diese Mietleistungen nicht weniger als 14 bis 15 Millionen Mark aufzuwenden haben. Den Hausbesitzern könnte allerdings eine solche Maßnahme, wenn sie durchführbar wäre, sehr gelegen kommen, hätte ihnen doch die Stadt für jeden Mietausfall aufzukommen.

Der bezeichnete Antrag enthielt aber noch die Forderungen auf Gewährung von Kleibern und Schuhen, die die SPD erst in der letzten Stadtverordnetenversammlung verlangte, weiter die Bezahlung der Licht-, Gas- und Stromrechnungen für die Unterstützungsempfänger, die kostenlose Lieferung von Kohle, Kartoffeln, Wiederherstellung der Unterstützungssätze vom 1. Januar 1931, Wiederherstellung der alten Sätze in der gehobenen Fürsorge. Alles das hätte eine Mehrausgabe von 17 bis 18 Millionen Mark ausgemacht. Daß er so, wie er gestellt war, nicht durchgeführt werden konnte, wissen natürlich auch die Kommunisten. Trotzdem schrien sie von Verrat, als die SPD in den Ausschüssen daraus das machen wollte, was den Hilfsbedürftigen praktisch irgendeine Hilfe gebracht werden kann.

Das Fürsorgewesen in Leipzig erfordert nach dem Hausplan 48 Millionen Mark. Die wirklichen Ausgaben werden aber noch höher sein. Die gesamten Mehraufwendungen, die die kommunistischen Anträge fordern, belaufen sich auf 50 bis 60 Millionen Mark.

Daß die SPD, statt mit Anträgen, von denen die Hilfsbedürftigen nichts haben, aufzuwarten, unausgesetzt bemüht war, das unter den gegenwärtigen Finanzverhältnissen Menschenmöglichste zu schaffen, haben wir gerade in den letzten Tagen hervorgehoben. Sie wird es weiter tun. Und die nicht von kommunistischem Verratsgeschrei blind gewordenen Hilfsbedürftigen sowie die ernstlich auf deren Wohl bedachte Wählerchaft wird sich auch sagen, daß nur auf dem von der SPD eingeschlagenen Wege etwas für die in unerträglicher Not Befindlichen herausgeholt werden kann. Antragspapier ist kein Sättigungsmittel, und wenn es die Kommunisten auch als noch so wohlklingend nachspruchhaftig hinstellen. Nur wer der SPD den nötigen Einfluß in der Stadtvertretung gibt, tut das, was getan werden muß und getan werden kann, der tut einen Damm entgegenzusetzen.

Wapen bei Hindenburg

WTB Berlin, 10. November.

Reichspräsident von Hindenburg nahm heute den Vortrag des Reichsanzlers von Wapen über die Auffassung des Kabinetts zur innerpolitischen Lage entgegen. Der Herr Reichspräsident betonte, daß er an dem der Bildung der Regierung von Wapen zugrunde liegenden Gedanken einer nationalen Konzentration auch weiterhin festhalte. Dementsprechend beauftragte er den Reichsanzler, in Besprechungen mit den Führern der einzelnen in Frage kommenden Parteien festzustellen, ob und wieweit sie gewillt seien, die Regierung in der Durchführung des in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Programms zu unterstützen.

Dazu berichtet das Conti-Büro:
Wie wir in Ergänzung der amtlichen Mitteilung über den Empfang des Kanzlers beim Reichspräsidenten erfahren, werden die Besprechungen mit den Parteien um die Wochenwende beginnen. Ein genauer Termin aber steht bisher ebensowenig fest wie der Kreis der in Frage kommenden Parteien. Das ist im einzelnen dem Kanzler überlassen worden. Das politische Programm, das die Grundlage der Besprechungen bilden soll, erstreckt sich in erster Linie auf die Verfassungsreform, die neben den großen wirtschaftlichen Fragen in der nächsten Zeit das Hauptproblem sein wird.

Die Besprechungen mit den Regierungschefs der Länder beginnen morgen nachmittag zunächst mit einer gemeinsamen Besprechung des Reichsanzlers mit den Vertretern von Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen. Es war von vornherein nicht in Aussicht genommen, eine gemeinsame Konferenz aller Landesvertreter abzuhalten, vielmehr nur mit Bayern, Württemberg und Baden eine solche Besprechung vorzubereiten. Dann ist noch Sachsen hinzugekommen. Die Vertreter der übrigen Länder werden, soweit sie den Wunsch haben, vom Kanzler einzeln empfangen.

Schwere Zuchthausstrafen für Kommunisten

In dem Prozeß gegen die kommunistischen Urheber des Sprengstoffattentats in Gramble vom 12. Juli, bei dem ein Polizeiwachmeister getötet wurde, ist heute das Urteil gesprochen worden. Der Hauptangeklagte, Koerster, erhielt 8 Jahre Zuchthaus. Fünf weitere Angeklagte erhielten Zuchthausstrafen von zweieinhalb bis sechseinhalb Jahren und je fünf Jahre Ehrenrechtsverlust. Drei Angeklagte sind wegen Mangels an Beweisen freigesprochen worden.

Wie die KPD einen Alten prellt

Erbärmlicher Betrug an einem 75jährigen Invaliden!

1100.— RM

350.— RM

1450.— RM

hat der Invalide Theodor Sell, Bochum, im Jahre 1927 der KPD als Darlehen gegeben

Niemand in der KPD will ihm sein Geld wiedergeben!

Der 75jährige Invalide Sell aus Bochum, geboren am 18. November 1856 in Kiel, schrieb am 6. August 1931 an Thälmann einen inständigen Blittbrief. Er lautet u. a.:

Lieber Thälmann! Anfang April 1927 gab ich für die Kommunistische Partei der hiesigen Leitung der KPD, dem damaligen Sekretär,

jetzigen Landtagsabgeordneten Duddins,

den KPD-Führern Heinz Pöppe und Johann Disselkamp — diese drei Namen sind Dir wohlbekannt —

Eintausend Mark in deutscher Währung und fünfundsiebzig amerikanische Dollar zur Anschaffung einer Schalmekapelle; also eintausendeinhundert Mark.

Die Kapelle wurde für das Geld angekauft von der Leitung der KPD und mir von Walter Duddins ein Schuldschein über eintausendeinhundert Mark eigenhändig überreicht.

Der Schuldschein lautet:

„Wir, die KPD, verpflichten uns durch Unterschrift und Stempel, Dir das Geld am 1. April 1928 ohne Zinsen zurückzahlen, also eintausendeinhundert Mark.“

Stempel für den R.F.B.

für die Partei:

Disselkamp, Krollmann, Duddins, Pöppe. (Stempel)

Da die Kapelle zu schwach war, hielt die Leitung eine Versammlung ab und bat mich, das Darlehen noch ein Jahr weiter zu leihen. Dies gab ich gern zu, denn ich war mit meiner ganzen Kraft für die Partei und lieb der Partei noch ein Jahr ohne Zinsen bis 1. April 1929 das Geld. Sechshundert Mark hatte die Partei sich von den Einnahmen der Kapelle gespart.

Ich gab der Parteileitung noch dreihundertfünfzig Mark

dazu zur Vergrößerung der Kapelle, so daß meine Forderung eintausendvierhundertfünfzig Mark beträgt. Als aber im April 1929 das Geld fällig war und die Leitung der Partei wieder nicht an die Rückzahlung dachte, obwohl die Kapelle riesiges Geld verdient hatte — siehe den Erich Krollmann, der Dir persönlich bekannt ist und in Hamburg sein soll, war an der Spitze der Kapelle und ihr Kassierer, drängte ich auf Rückzahlung, da doch die Rückzahlung des Darlehens am 1. April 1929 fällig war. Der Parteisekretär

Reichstagsabgeordnete Matthias Thesen,

bat mich, ich möchte ihm das Geld noch bis zum 1. Oktober 1930 weiterleihen. Die Abschrift des Schuldscheins von Matthias Thesen liegt bei. Hierbei versprach mir Thesen fünfzig Mark für das Weiterleihen, so daß

meine Forderung eintausendfünfhundert Mark beträgt.

Da ich am 1. Oktober 1930 wieder kein Geld bekam, war mein Vertrauen tutsch. Ich drohte Thesen, die Partei zu verklagen, und wollte mit ihm durch einen Rechtsanwalt Rücksprache

nehmen, da ich nicht die ernsthafte Absicht hatte, die Partei zu verklagen. Thesen wurde durch den Rechtsanwalt, der in Bochum war, zweimal geladen. Er hat der Ladung nicht Folge geleistet, worauf die Klage erfolgte. Die KPD hatte Dr. L. als Verteidiger genommen. Ich hatte Armenrecht und mir wurde der Anwalt Dr. B. vom Gericht zugeteilt.

Zwei Jahre hat der Prozeß gedauert. Duddins, Pöppe und Disselkamp sind zu eintausendeinhundert Mark Rückzahlung verurteilt worden, Zug um Zug.

Mein Anwalt hat Pöppe, Disselkamp und Duddins pfeifen lassen, sie hatten aber nichts Pfändbares, da sie sich rechtzeitig gesichert haben dürften.

Lieber Thälmann! Wenn ich Dir alles schreiben wollte, was hier im Bochumer Saustall gemacht wurde, so würde das ins Unendliche gehen. Gleich bei der Klage haben meine Schuldner es verstanden, das Gericht und mich zu mißbrauchen und irrezuführen. Mein Darlehen sollte ich überhaupt nicht wiederhaben, durch Thesen wäre meine Frau bald wegen Meineids angeklagt worden, wenn das Gericht nicht zu der Einsicht gekommen wäre, daß hier etwas nicht stimmt. So ist unser guter Glaube und das Vertrauen zur Partei erschüttert worden.

Also mein Geld soll ich überhaupt nicht zurück haben.

Nun lege ich Dir als Oberhaupt der Kommunistischen Partei die Bitte vor, die Sache zu prüfen und den Saustall in Bochum zum Teufel zu jagen.

Ich habe im Oktober 1930 einen Vertrag mit der Leitung abgeschlossen. Hier haben die Herren von der Leitung mich abermals um 83 Mark gebracht, denn der Vertrag wurde nicht gehalten. Meine Forderung beträgt eintausendfünfhundert Mark, erste und zweite Rate fünfundsiebzig Mark für nicht innegehaltenen Vertrag, für zweihundertfünfundsiebzig Mark für zwei Jahre Zinsen 6 Prozent für 6 Monate,

also eintausendachtundzweizehn Mark.

Die Nebenausgaben will ich nicht berechnen.

Werter Genosse Thälmann! Ich bitte Dich daher inständig, mir zu meinem Gelde zu verhelfen, denn in Deiner Hand und Macht liegt es, daß ich mein Geld auf dem schleunigsten Wege zurückerhalte. Ich bin trotz der schändlichen Behandlung durch die hiesigen Führer derselbe Kämpfer geblieben. Meine Gesinnung ist fest, aber

solche Führer müssen aus unseren Reihen.

Ich stehe nun erst recht an Deiner Seite, der Partei zum Sieg zu verhelfen. Ich bitte Dich und erwarte von Dir, daß Du bis zum 24. August 1931 die ganze Sache geregelt hast und mir mitteilst, was Du tun willst und ob ich mein Geld wieder haben soll. In der Hoffnung, keine Fehlbite getan zu haben,

bin ich mit proletarischem Gruß

Th. Sell, in Bochum, Roonstraße 39.

Der 75jähr. Invalide erhielt von Thälmann keine Antwort

Abrüstungsfrage vor dem Unterhaus

England und die Gleichberechtigung

SPD London, 11. November.

Im Unterhaus entwickelte Außenminister Simon den britischen Standpunkt zur Abrüstungsfrage. Er erklärte zu dem schwierigsten Punkt, dem der Gleichberechtigung, wenn Gleichberechtigung eingeräumt werden soll, dann muß dieses Prinzip anerkannt werden,

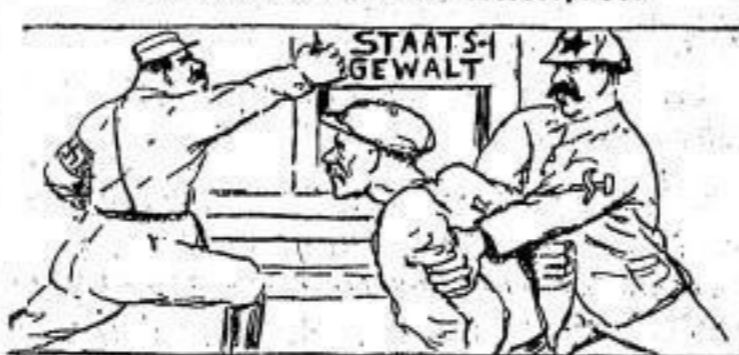
den, und England ist bereit, seine Bereitwilligkeit zu erklären, in Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedern der Abrüstungskonferenz darauf zu sehen, daß dieser Grundlag in die neue Konvention aufgenommen wird. Durch welche Mittel und in welchen Etappen dieser Grundsatz angewandt werden kann, muß Gegenstand einer ins einzelne gehenden Diskussion in Genf sein. Es ist absolut notwendig, daß Deutschland an diesen Diskussionen teilnimmt. Inzwischen sind für die englische Regierung folgende zwei Punkte klarzustellen:

Das Ziel der Abrüstungskonferenz ist, ein Maximum positiver Abrüstung zu erreichen, auf das man sich allgemein einigen kann, und nicht im Namen der Gleichberechtigung ein Anwachsen der bewaffneten Stärke zu autorisieren. Die Bewirkung des Grundsatzes der Gleichheit kann praktischweise nicht auf einmal erreicht werden. Deshalb glaubt die Regierung, daß ein praktisches Programm für ein etappenweises Vorgehen notwendig ist.

Natürlich würden gleiche Grundzüge auf Oesterreich, Ungarn und Bulgarien angewandt werden. Zum Schluß kündigte Simon an, daß er Ende der Woche in Genf weitere Einzelheiten über den britischen Vorschlag mitteilen werde.

Das Unterhaus nahm nach Abschluß der Aussprache über die Abrüstung mit 402 gegen 44 Stimmen eine Entschließung an, in der die Abrüstungspolitik der Regierung gebilligt wird.

Taktik der Kommunisten



Arbeiter: „Und nun?“
Kommunist: „Nun mußt du eben warten, bis dir die Arme wieder wachsen. — Unsere Taktik ist auf alle Fälle richtig!“

Gemeine Fälschung der SPD

In Leipzig wird bei Mitgliedern der SPD ein mit Schreibmaschine geschriebenes vervielfältigtes Blatt heimlich in die Briefkästen geworfen, das unterschrieben ist: Bezirksvorstand der SPD Ditschsen, im Auftrage bez. Rüdiger. In dem als „streng vertraulich“ bezeichneten Schreiben werden die SPD-Mitglieder aufgefordert, mit den Kommunisten gemeinsame Ausschüsse zu gründen, wobei allerdings darauf geachtet werden müßte, daß die Sozialdemokraten die Führung haben. Diese Aufforderung sei auf eine Anweisung des Parteivorstandes ergangen. Die Ausschüsse sollen die Einheitsfront mit den Kommunisten herstellen.

Das Schreiben ist eine ebenso dumme wie freche Fälschung der Kommunisten! Kein SPD-Mitglied wird darauf hereinfallen!